

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 44. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Mai 2008, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsén-Reese (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i.V. von Sandra Redmann

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Ulrike Rodust (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Staatsvertrag über den Bilgenentwässerungsverband	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1938	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Nutzung Erneuerbarer Wärmeenergie in Schleswig-Holstein (Erneuerbare Wärmeenergie-Gesetz - EWärmeG)	7
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1791	
3. Gentechnisch verunreinigtes Saatgut in Schleswig-Holstein	8
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1588 Abs. 2	
4. Bericht der Landesregierung über „Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie der Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf Erneuerbare Energien“; Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern	9
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1658	
5. Abschied vom Kohlestrom	10
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2017	

-
- 6. Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer** **11**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1993
- 7. Verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln** **12**
- Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1698
- 8. Tragfähigkeit der Finanzen des Landes** **14**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1865
- 9. Biologische Vielfalt erhalten - Artensterben bis 2010 stoppen** **15**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2000 (neu)
- 10. Geplante Einleitung von Spülwasser mit Glutaraldehyd in die Ostsee verhindern** **17**
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1962
- 11. Gentechnik in der Landwirtschaft** **18**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/56 Nr. 1 und 3
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/86 Nr. 1 bis 5

12. Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht **19**

Geszentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1224

13. Verschiedenes **20**

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Staatsvertrag über den Bilgen-
entwässerungsverband**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1938

(überwiesen am 25. April 2008)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Nutzung Erneuerbarer Wärmeenergie in Schleswig-Holstein (Erneuerbare Wärmeenergie-Gesetz - EWärmeG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1791

(überwiesen am 30. Januar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2864, 16/2865, 16/2866, 16/2870, 16/2871, 16/2909,
16/3001, 16/3027, 16/3028, 16/3029, 16/3030, 16/3034,
16/3047, 16/3050

St de Jager legt dar, der vorgelegte Gesetzentwurf gehe über die gegenwärtige bundesgesetzliche Regelung hinaus. Außerdem werde auf Bundesebene gegenwärtig ein eigener Gesetzentwurf zu diesem Thema beraten. Solange eine Klärung auf Bundesebene nicht erfolgt sei, empfehle er, diesen Gesetzentwurf nicht weiter zu beraten. Im Übrigen sei die Landesregierung über den Bundesrat an der Beratung des Bundesgesetzes beteiligt.

Abg. Schulze legt dar, die Auswertung der im Innen- und Rechtsausschuss durchgeführten schriftlichen Anhörung sei noch nicht abgeschlossen. Daher beantrage er, die Beratung zu vertagen.

Abg. Matthiessen gibt Parallelen zu, sieht aber keinen zwingenden Grund, die Gesetzesberatung auf Landesebene nicht parallel zu der auf Bundesebene durchzuführen. Wie bereits in der ersten Lesung ausgeführt, beziehe sich der bundesgesetzliche Entwurf nur auf Neubauten. In diesem Zusammenhang verweist er außerdem darauf, dass das Land Baden-Württemberg mit Datum vom 1. Januar 2008 ein entsprechendes Landesgesetz erlassen habe.

Er legt ferner dar, er habe den Wissenschaftlichen Dienst gebeten, eine Stellungnahme zu erarbeiten. Im Übrigen schließt er sich dem Antrag des Abg. Schulze an.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Beratung des Gesetzentwurfs zurückzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gentechnisch verunreinigtes Saatgut in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1588 Abs. 2

(überwiesen am 12. September 2007)

hierzu: Umdruck 16/2834

Mit den Stimmen der CDU, zwei Stimmen aus der Fraktion der SPD, dem Votum der FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung aus der SPD empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 16/1588 Abs. 2 abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über „Initiativen zur Änderung planungsrechtlicher und gesetzlicher Grundlagen sowie der Fördermaßnahmen zum Zwecke der langfristigen Umstellung auf Erneuerbare Energien“; Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1658

(überwiesen am 12. Oktober 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an und empfiehlt Ablehnung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Abschied vom Kohlestrom

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2017

(überwiesen am 24. April 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Bernstein beantragt, die Beratung zurückzustellen, und begründet dies mit weiteren internem Beratungsbedarf.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt der Ausschuss die Beratung des Antrags zurück.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1993

(überwiesen am 24. April 2008 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Nabel legt dar, der Wissenschaftliche Dienst sei um schriftliche Stellungnahme gebeten worden. Diese liege noch nicht vor. Deshalb sei seine Fraktion noch nicht sprechfähig. Sobald dieses Gutachten vorliege, werde er es dem Ausschuss zur Verfügung stellen. Er beantragt, die Beratung bis zu diesem Zeitpunkt zurückzustellen. - Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verbindliche Nährwert-Kennzeichnung von Lebensmitteln

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1698

(überwiesen am 22. November 2007 an den **Sozialausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2855, 16/2867, 16/2877, 16/2883, 16/2951, 16/2958,
16/2968, 16/2969, 16/2970, 16/2978, 16/2988, 16/2992,
16/2993, 16/2994, 16/3004, 16/3012, 16/3018, 16/3031

Abg. Harms sieht die dringende Notwendigkeit für eine Entscheidung und bittet, in dieser Sitzung über den Antrag abzustimmen.

Abg. Matthiessen unterstützt den Antrag des SSW, soweit dieser nicht eine differenzierte Kennzeichnung ersetzt, sondern ergänzt, und spricht sich für einen entsprechenden Versuch aus. Die Belastung für die Wirtschaft hält er für gering.

Abg. Dr. Höppner weist darauf hin, dass Schleswig-Holstein als Bundesland nicht die Hoheit habe, Lebensmittel zu kennzeichnen.

Abg. Ehlers hält eine derartige Kennzeichnungspflicht für eine weitere Belastung für die Wirtschaft und für die Verwaltung und spricht sich für die Eigenverantwortung der Einzelnen aus.

Nach Auffassung von Abg. Hildebrand bestehe Übereinstimmung in der hinter dem Antrag stehenden Absicht. Allerdings könne er derzeit noch keine abschließende Stellungnahme dazu abgeben.

Abg. Harms weist darauf hin, dass es sich um einen Antrag handle, der darauf abziele, im Bundesrat eine Initiative zu starten. Außerdem weist er auf die derzeitigen erheblichen Belastungen des Gesundheitssystems durch Fehlernährung hin.

M Dr. von Boetticher weist darauf hin, dass es auf Arbeitsebene einen Kommissionsvorschlag für eine europäische Verordnung gebe. Werde diese erlassen, wirke sie unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Auch Abg. Nabel verweist auf Aktivitäten auf europäischer Ebene. Er ergänzt, dass auch auf Bundesebene entsprechende Aktivitäten entfaltet würden. Im Übrigen vertritt er die Ansicht, dass dem federführenden Sozialausschuss Gelegenheit gegeben werden sollte, die Anhörung auszuwerten. Er beantragt, die Beratung des Antrags zurückzustellen.

Abg. Harms erklärt sich nunmehr damit einverstanden. Er möchte wissen, wann mit dem Erlass einer europäischen Verordnung zu rechnen sei.

M Dr. von Boetticher legt dar, bisher beschäftige sich eine kommissionsinterne Arbeitsgruppe mit diesem Thema. Die nächste Sitzung finde im Mai statt. Er sagt zu, den Ausschuss über die weitere Entwicklung zu informieren.

Abg. Dr. Höppner weist darauf hin, dass es bereits jetzt einen Discounter gebe, der Lebensmittel entsprechend kennzeichne. Das zeige, dass der Aufwand - auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten - leistbar sei.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beratung zurückzustellen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Tragfähigkeit der Finanzen des Landes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1865

(überwiesen am 23. April 2008 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Finanzausschuss die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Biologische Vielfalt erhalten - Artensterben bis 2010 stoppen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2000 (neu)

(überwiesen am 24. April 2008)

Abg. Todsens-Reese verweist auf die Landtagsdebatte sowie darauf, dass der Antrag auch deshalb in den Ausschuss überwiesen worden sei, um den Antragstellern die Möglichkeit zu geben, die Nummer 1 des Antrags zu konkretisieren. Nummer 2 des Antrages lehne ihre Fraktion ab.

Abg. Matthiessen betont, mit dem Antrag solle darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich zurzeit wenig tue. Derzeit gebe es nur 60 Patenschaften. Die Landesregierung sollte hier mehr Anreize schaffen.

Zu der Forderung unter Nummer 2 legt er dar, dass viele Bundesländer der Initiative „Countdown“ bereits beigetreten seien. Er hielte es für gut, wenn sich auch Schleswig-Holstein dem anschliesse. Insofern bitte er um Zustimmung zu dem Antrag.

Abg. Nabel legt dar, dass der Initiative bisher zwei Bundesländer beigetreten seien, ein weiteres habe einen Beitritt angekündigt. Es handele sich um eine Initiative, die gut und vernünftig sei, die sich aber nicht an Regierungen und Parlamente richte, sondern an NGOs. Er verweist auf den Bericht der nationalen Strategien der biologischen Vielfalt und die darin enthaltene Verpflichtung, bis 2010 das Artensterben zu stoppen. Er halte es für sinnführender, sich intensiv über das Thema auseinanderzusetzen, wie Schleswig-Holstein einen Beitrag dazu leisten könne, Artensterben zu stoppen. Vor diesem Hintergrund werde seien Fraktion den Antrag ablehnen.

Abg. Hildebrand fragt nach einer systematischen Erfassung von Amphibien, wie sie auch in anderen Bundesländern durchgeführt werde. Sodann verweist er auf eine Anfrage der Abg. Dr. Happach-Kasan hinsichtlich der Rote Liste aus einer vorherigen Legislaturperiode. Er vertritt den Standpunkt, dass die darin enthaltenen Fragen nach wie vor aktuell seien.

Konkret auf den Antrag eingehend bezweifelt er, ob man durch den Beitritt zu einer Organisation faktisch etwas gegen das Artensterben beitragen könne.

Abg. Todsens-Reese erinnert erneut daran, dass versucht werden sollte, zu Punkt 1 zu Gemeinsamkeiten zu kommen. Das sei nicht der Fall gewesen. Artenschutz sei nur dann möglich, wenn aktiv gehandelt werde. Es gehe darum, noch aktiver und gegebenenfalls konsequenter zu handeln, nicht darum, Deklarationen zu unterzeichnen. Aus diesem Grund lehne ihre Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

M Dr. von Boetticher verweist auf viele Gespräche über Artenschutz in Brüssel. Er legt dar, Brüssel vertrete die Ansicht, dass die Verpflichtung Europas im Artenschutzbereich über Natura 2000 abgearbeitet werde. Im Übrigen legt er dar, dass vor Ort eine Menge gemacht werde und eine gute Zusammenarbeit zwischen Bauernschaft und Naturschutz bestehe. Beispielhaft verweist er auf die Renaturierung des oberen Eidertals.

Abg. Nabel widerspricht dem Minister und vertritt die Auffassung, dass der Auftrag von Rio nicht mit Natura 2000 erfüllt sei. Dieser gehe weit über Natura 2000 hinaus und umfasse auch Maßnahmen im Bereich des Städtebaus, der Mobilität, der Ernährung und des Siedlungsbaus. In der Bundesrepublik seien viele Arten vom Aussterben bedroht, der Ansatz von Natura 2000 sei richtig, aber nicht ausreichend. Biologische Vielfalt könne nur durch Bewusstseinsänderung und Sensibilisierung erreicht werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP, den Antrag abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Geplante Einleitung von Spülwasser mit Glutaraldehyd in die Ostsee verhindern

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1962

(überwiesen am 25. April 2008)

Abg. Bernstein legt dar, es gebe erste Signale, dass die zunächst angedachten Planungen nicht durchgeführt würden. Nichtsdestotrotz halte er es für wichtig, deutlich zu machen, dass das geplante Vorhaben der Einleitung von Spülwasser mit Glutaraldehyd in die Ostsee nicht verwirklicht werden sollte.

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen legt RL Dr. Scherer dar, die ursprüngliche Planung sei gewesen, die Lösung durch das Rohr zu leiten und damit das Rohr so zu reinigen, dass Gas durchgeführt werden könne. Dieses Spülwasser habe in die Ostsee abgeleitet werden sollen. Nicht bekannt gewesen sei, in welcher Konzentration. Vom zuständigen Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie sei mitgeteilt worden, dass in den neuesten Unterlagen nicht mehr die Rede davon aus, dass Glutaraldehyd eingesetzt werden solle. Es spreche also einiges dafür, dass dieser Teil des Antrages erledigt sei. Dennoch halte er es für notwendig und sinnvoll, dass die ökologisch verträglichste Lösung gewählt werde.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Antrag anzunehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Gentechnik in der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/56 Nr. 1 und 3

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/86 Nr. 1 bis 5

(überwiesen am 26. Mai 2005)

Abg. Dr. Höppner beantragt Vertagung.

Abg. Matthiessen weist darauf hin, dass der Antrag bereits zu Beginn der Legislaturperiode gestellt worden sei, und fragt, wann mit einer Beratung gerechnet werden könne.

Abg. Hildebrand verweist darauf, dass der dazugehörige Antrag der Fraktion der FDP auch aus einer Zeit zu Beginn dieser Legislaturperiode stamme. Er hält dies für eine Blockade der Oppositionsarbeit, und plädiert für eine Entscheidung in der Sache.

Der Antrag des Abg. Dr. Höppner auf Vertagung wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1224

(überwiesen am 22. Februar 2007)

hierzu: Umdrucke 16/1850, 16/2165, 16/2834

Abg. Dr. Höppner beantragt, die Beratung zu vertagen.

Abg. Matthiessen bittet um eine Begründung dieses Antrags.

Der Ausschuss folgt dem Antrag des Abg. Dr. Höppner auf Vertagung mit den Stimmen der Fraktion von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Ausweitung weiterer Vogelschutzgebiete

M Dr. von Boetticher berichtet über die bisherigen Bemühungen Schleswig-Holsteins zu einem Dialog mit der Kommission um Konkretisierung der Gebietskulisse. Nunmehr habe die Kommission erstmals konkrete Anhaltspunkte dafür gegeben und dazu aufgefordert, bis zum 31. Mai die Zusage zu geben, dass entsprechend nachgemeldet werde. Dabei sei der Kommission bewusst, dass nach geltendem Recht und Gesetz ein Meldeverfahren bis zum 31. Mai nicht abgeschlossen werden könne. Das Signal könne auch darin bestehen, dass das Beteiligungsverfahren begonnen werde.

Nach den Vorstellungen der Kommission müssten die drei Teilgebiete auf Eiderstedt zu einem zusammenhängenden Gesamtgebiet verbunden werden, sodass das Gebiet den nordwestlichen Dauergrünlandkern umfasse. Das sei eine Fläche von etwa 7.000 ha. Bei der Eider-Treene-Sorge müssten die bestehenden Schutzgebiete an der Treene beziehungsweise im östlichen Kernbereich miteinander verbunden werden.

Bei Durchführung dieser Maßnahmen würden auch weitere Defizite beim Wiesenvogelschutz behoben werden.

Mit der Gebietskulisse, die aus dem Beteiligungsverfahren herauskomme, werde man informell an die Kommission herantreten.

Wichtig dabei sei, dass sich in der Diskussion die Gemeindevertreter, Amtsvorsteher, Vertreter des Bauernverbandes und auch der Naturschutzbehörden miteinander in Kontakt träten. Bauernverband und Naturschutzverband müssten aufeinander zugehen, um am Ende verantwortungsvoll etwas für Wiesenvogelschutz und die Anhang I-Vögel zu tun.

Abg. Hildebrand stellt fest, dass die nunmehr in Rede stehende Fläche geringer sei als die ursprünglich von der rot-grünen Landesregierung angedachte. Im Übrigen thematisiert er die Auswirkungen der Ausweisung weiterer FFH-Flächen auf die Möglichkeit der Ausübung des bäuerlichen Berufes.

M Dr. von Boetticher legt dar, die genaue Festlegung der Kulisse obliege nun zunächst einmal den Fachleuten und sei Bestandteil des Beteiligungsverfahrens. Eine Orientierung erfolge ansonsten an Landschaftsmarken. Im Übrigen seien die von Natura 2000 gestellten Auflagen so, dass bisher noch kein Landwirt daran kaputtgegangen sei. Das größere Problem auf Eiderstedt seien derzeit Gänsefraßschäden.

Auch Abg. Harms fragt nach möglichen wirtschaftlichen Nachteilen für bäuerliche Betriebe und einem Ausgleich derselben. Außerdem erkundigt er sich nach dem Zeitablauf des anstehenden Verfahrens.

M Dr. von Boetticher führt aus, mit Schreiben an die Kommission sei die Zusage gemacht worden, deren Anforderungen abzuarbeiten. Das Beteiligungsverfahren werde eingeleitet werden, und zwar frühestens mit Veröffentlichung am 2. Juni. Es folge eine Vierwochenfrist für Einwendungen, eine weitere Kabinettsbefassung voraussichtlich im Juli und die abschließende Meldung an die Kommission. Damit rechne er etwa Ende Juli/Anfang August.

Bei etwa 8.500 ha Dauergrünlanderweiterungsfläche entstünden zusätzliche Kosten für die Natura-2000-Prämien in Höhe von 680.000 €, die zu 50 % von der EU kofinanziert würden.

Auf die Kritik des Abg. Matthiessen hinsichtlich der kurzen Anhörungsfrist betont M Dr. von Boetticher, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entscheiden müsse, ob sie die Abarbeitung des Auftrages aus Brüssel und somit einen erweiterten Naturschutz oder eine längere Beteiligungsfrist der Bürgerinnen und Bürger wolle.

Die Frage des Abg. Hildebrand nach möglichen Rechtsmitteln beantwortet M Dr. von Boetticher mit dem Hinweis auf die gesetzliche Grundschutzfunktion nach dem Landesnaturschutzgesetz. Eine weitere Landschaftsschutzverordnung sei weder notwendig noch geplant.

b) Verbringung australischen Giftmülls nach Schleswig-Holstein

Auf Bitte von Abg. Matthiessen erneut M Dr. von Boetticher seine Zusage, den Ausschuss zu informieren, sobald es einen neuen Sachstand gibt.

c) Windkraft in Marokko

Abg. Matthiessen fragt nach dem Stand der Dinge. M Dr. von Boetticher legt dar, dass mit Marokko erste Gespräche geführt worden seien, und zwar mit der zuständigen Energieministerin. Es gebe noch keine endgültige Entscheidung. Marokko haben sich wohl noch nicht endgültig entschieden, sehe aber gute Chancen, die sich aus regenerativen Energien ergeben.

Hier sei es notwendig, dass ein Stufenplan verwirklicht werde. Zunächst einmal müssten die Afrikaner überzeugt werden. Dann folgten ersten Projekten im Rahmen der Mittelmeerkooperation, bevor an eine Energieversorgung im europäischen Rahmen gedacht werden könne.

d) Kleingartenausschüsse

Abg. Nabel bittet, das Thema Kleingartenausschüsse in der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Ausschuss zu behandeln. - Der Ausschuss stimmt dem zu.

M Dr. von Boetticher legt in diesem Zusammenhang dar, mit den entsprechenden Verbänden sei ein Dialog geführt worden. Ihnen sei mitgeteilt worden, dass eine Regelung, für die es keine Rechtsgrundlage mehr gebe, nicht aufrechterhalten werden könnte.

e) Aussaat von gentechnisch verändertem Saatgut

Abg. Matthiessen fragt nach dem gegenwärtigen Stand. Ein Ministeriumsvertreter erklärt, dass die amtlichen Pflanzendienststellen in den letzten Monaten zweimal über die Flächen gelaufen seien und gemeldet hätten, dass nirgendwo mehr Raps stehe. Auf den entsprechenden Flächen gebe es bis Ende Juni ein Anbauverbot für Raps; danach könne wieder Raps angebaut werden.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin